

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Handel im Dienst der Politik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1970) : Handel im Dienst der Politik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 9, pp. 506-507

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134161>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Handel im Dienst der Politik

Vor wenigen Jahren entschlossen sich bundesdeutsche Firmen zum Boykott der Leipziger Messe. Jetzt sind sie wieder vertreten — als eine der größten Ausstellerguppen. Und niemand sieht darin einen Anlaß zur Kritik. Heftige Meinungsverschiedenheiten gibt es aber, wenn deutsche Unternehmen sich am Bau eines Staudamms im portugiesischen Mozambique oder an der Errichtung eines Lkw-Werks in der Sowjetunion beteiligen. Gegner und Befürworter solcher Projekte streiten sich im Grunde immer noch um eine Frage: Gibt es zu Friedenszeiten Gebiete oder Staaten, mit denen die deutsche Wirtschaft keine Handelsbeziehungen unterhalten darf, wenn sie der Politik und dem Ansehen der Bundesregierung nicht schweren Schaden zufügen will?

Auf den ersten Blick scheint diese Frage leicht zu beantworten. Denn es läßt sich kaum leugnen, daß Projekte, die ein Regime stützen, das nach unserer Ansicht nicht gerade ein Muster an Humanität und Demokratie darstellt, das Image der BRD im Ausland kaum fördern. Und zwar sowohl in den Ländern der Dritten Welt, wenn es um Beteiligung an Kolonialprojekten geht, als auch in den westlichen Nachbarstaaten, wenn der lange Zeit verteufelte Osthandel ausgebaut werden soll.

Allerdings läßt sich aus dieser Tatsache nur schwer die Konsequenz ziehen, nur noch mit politisch genehmen Partnern zu handeln. Denn wollte man den Handel völlig in den Dienst der Politik stellen, so hieße das gleichzeitig, die Industrie mit schwierigen Fragen zu belasten. Wie nämlich wären in Zukunft Länder zu behandeln, in denen selbstgekürte Präsidenten, Militärs oder Parteien regieren, die nicht gerade auf demokratische Weise an die Macht gekommen sind oder deren Auffassungen von Demokratie den unsrigen zumindest nicht immer voll entsprechen? Sollen die Unternehmen in diesen Fällen „schwarze Listen“ von Handelsländern entwerfen, sollen sie entscheiden, was dem Image der Politik noch gerade zuträglich ist? Und werden nicht selbst super-staatsbewußte Unternehmen oder Verbände verunsichert, wenn Vertreter der Regierung oder der Oppositionsparteien zu mehr oder weniger freundschaftlichen Besuchen gerade in die Länder reisen, deren Staatsformen unserem Demokratieverständnis widersprechen?

Bei einer so überspitzten linientreuen Ausrichtung des Handels gerät man leicht in Gefahr, die positiven Wirkungen der Handelsgeschäfte zu unterschätzen oder zu vernachlässigen. Denn im Grunde braucht man nicht mehr darüber zu diskutieren, daß auch die Durchführung von Projekten des umstrittenen Typs in den betreffenden Gebieten im Regelfall zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung führt. Der Bau eines Staudamms oder einer Industrieanlage hat nämlich — trotz aller Befürchtungen — nicht zwangsläufig die Ausbeutung der armen Schichten zur Folge. Wenn man die Auswirkungen nicht nur kurzfristig unter dem eingeengten politischen Blickwinkel sieht, ist das Gegenteil zumindest ebenso wahrscheinlich.

Auch die Frage der Aufstellung von Embargolisten sollte unter Ökonomen inzwischen ausdiskutiert sein. Daß man keine Waffen in Kriegsgebiete oder an politische Gegner liefert, ist dabei mehr eine Frage der eigenen Haltung als des politischen Zwangs. In allen anderen Fällen ist das Embargo längst sinnlos. Denn auch der strategisch unwichtige Export führt im Importland zu einer Ersparnis an Faktoren. Ein streng zentral geführter Staat kann die auf diese Weise freigewordenen Faktoren durchaus in der „gefährlichen“ Rüstungsindustrie einsetzen.

Eine Ausweitung des Handels mit Ostblockstaaten und Ländern außerhalb von EWG, EFTA und USA ist nicht nur für diese Staaten nützlich. Auch die BRD hätte durchaus Vorteile. Durch Intensivierung dieses Handels läßt sich die Abhängigkeit unserer besonders außenhandelsabhängigen Wirtschaft von Konjunktorentwick-

lungen auf den Märkten der Industrieländer erheblich verringern. Außerdem bilden die großen Industrieprojekte und Investitionsgüterlieferungen auf längere Sicht eine Art „Flaggschiffe“ für das Wachstum. Sie ziehen weitere Investitionen und Lieferungen nach sich und verstärken so die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Staaten – auch wenn die politischen Beziehungen nicht gerade rosig sind. Die deutsche Außenpolitik hat sich lange der Möglichkeit bedient, den Handel als Vorreiter einzusetzen; und die Schaffung von Handelsmissionen vor der Einrichtung offizieller Vertretungen ist für viele schon zur Gewohnheit oder Normalstrategie geworden. Es ist kaum einzusehen, warum man von diesem Verhalten abgehen sollte.

Gegner einer derartigen Handelspolitik versuchen – da ihre politischen Argumente ohnehin auf schwachen Füßen stehen – immer wieder, auf die gefährliche Konkurrenz hinzuweisen, die man sich – kurzfristig nach Profit jagend – auf wirtschaftlichem (und politischem) Gebiet langfristig einhandelt. Niedrigpreisimporte aus Entwicklungsländern werden in diesem Zusammenhang ebenso aufgeführt wie die kaum beweisbaren Dumpingpraktiken der Ostblockstaaten. Krönung derartiger Warnungen ist meist das alte Zitat von Lenin, nach dessen Ansicht die Kapitalisten auch die Stricke liefern werden, mit denen man sie später aufhängt.

Wenn man einer Weltwirtschaft unterstellt, daß sie sich nicht verändert, hätten die Anhänger der These von der wachsenden Konkurrenz sogar recht. Da sich die Weltwirtschaft aber ständig wandelt und Wachstum ohne Änderung der Produktionsstruktur kaum möglich ist, geht von den Handelsbeziehungen dieser Art eher ein heilsamer Zwang aus. Denn die zunehmende Konkurrenz verlangt von den Produzenten eine ständig weitergehende Spezialisierung, die Ausnutzung des technischen Fortschritts und die Einführung immer neuer Produkte. Bedenkt man zusätzlich, daß die umstrittenen Staaten die deutschen Lieferungen häufig nur durch Gegenlieferungen bezahlen können, so wird dieser Zwang zur Umstrukturierung noch verstärkt.

Wenn insofern gegen einen Handel mit politisch nicht immer erwünschten Partnern wenig gesagt werden kann, so stößt man in breiten Kreisen dennoch auf tiefes Unverständnis, wenn es um die staatliche Förderung solcher Geschäfte geht. Unbekannt ist nämlich, was eigentlich gefördert wird. Da ein großer Teil der Investitionsgüterexporte ohne zumindest mittelfristige Kredite kaum möglich ist, haben alle Industriestaaten Institutionen eingerichtet, die den Unternehmen das Risiko der ausbleibenden Zahlung teilweise abnehmen. Es ist nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß die Garantien und Bürgschaften dieser staatlichen oder halbstaatlichen Institutionen fast ausschließlich für Geschäfte mit Ostblockstaaten und Entwicklungsländern gewährt werden. Und da diese Form der Risikoabsicherung zugleich Voraussetzung für die Übernahme der Finanzierung durch das Bankensystem ist, wären diese Geschäfte ohne die teilweise Risikoabdeckung kaum möglich. Ein Land, das den Handel mit den bisher wenig erschlossenen Märkten intensivieren will, muß deshalb zwangsläufig auch entsprechende Garantien geben. Es ist müßig festzustellen, daß auf diese Weise weder Staats- noch Steuergelder falsch angelegt oder verschenkt werden.

Man sollte den Außenhandel nicht durch vordergründige Einwände belasten, die auch durch ihre ständige Wiederholung nicht überzeugender werden. Handel kann ein Instrument der Politik sein – wenn er die Situation der Bevölkerung im Partnerstaat verbessert, die Basis für eine Annäherung bildet oder damit die Bedingungen für ein besseres Zusammenleben der Völker schafft. Der alte Ost-West-Konflikt wird sich zwischen ökonomisch verflochtenen Staaten mit etwa gleichem Lebensstandard eher lösen lassen als bei Aufrechterhaltung der Isolation. Das gilt auch für das Verhältnis zu den Entwicklungsländern. Wenn intensiverer Außenhandel dort zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen beiträgt, schafft er die Grundlage für eine mögliche friedliche Lösung des drohenden Nord-Süd-Konflikts. Die Politik sollte diese Chancen nutzen. Aber sie ginge zu weit, wenn sie im Handel nur ein Instrument zur Fortführung der hoffentlich beendeten Phase des kalten Krieges mit anderen Mitteln sähe. Daran sollten weder das Geschrei der zu kurz gekommenen Konkurrenz in anderen Staaten noch die gezielte Stimmungsmache einiger Politiker im In- und Ausland etwas ändern.

Dietrich Kobschull